

Antrag

der Abgeordneten Hellmut Königshaus, Dr. Karl Addicks, Jens Ackermann, Uwe Barth, Angelika Brunkhorst, Patrick Döring, Jörg van Essen, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Michael Kauch, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Dr. Daniel Volk, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Dschibuti stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Dschibuti gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Der Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) 2007/2008 stuft Dschibuti an 149. Stelle (von insgesamt 177 Ländern) ein. Es gehört zu den „Least Developed Countries“ (LDC). Das Bruttoinlandsprodukt lag 2007 gerade einmal bei 840 Mio. US-Dollar, also knapp 1 000 US-Dollar pro Kopf. Die Landwirtschaft leidet unter Dürre und unfruchtbarem Land, die zu Hungersnöten führen. Der Mangel an Rohstoffen verschärft die Situation. Es mangelt an Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, worunter besonders die Gesundheitsversorgung und die Schulbildung leiden. Ein Großteil der Jugendlichen hat keine Chance auf eine Schulausbildung.

Trotz dieser schwierigen Situation unterstützt Dschibuti die Weltgemeinschaft im Kampf gegen internationalen Terrorismus und Piraterie. Seit 2002 sind auch Einheiten der deutschen Marine in Dschibuti stationiert, um sich im Rahmen der Mission „Enduring Freedom“ am Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu beteiligen, seit Ende 2008 mit weiteren Einheiten im Rahmen der EU-Mission Atalanta, um Schiffe vor Übergriffen von Piraten zu schützen.

Dschibuti unterstützt die Weltgemeinschaft auch gegen Widerstände in der Region. Das Land wird daher von Investoren gemieden, da sie fürchten, dass der internationale Terrorismus dort ebenfalls zuschlägt. Dies verschärft die Notlage der Menschen in diesem Land noch weiter. Dennoch gewährt die Bundesregierung Dschibuti keine Unterstützung im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Dies ist für die Menschen in Dschibuti nicht nachvollziehbar.

Es reicht nicht aus, dass die Entwicklungszusammenarbeit mit Dschibuti im Wesentlichen über die Europäische Union sowie internationale Institutionen und Organisationen abgewickelt wird. Zwar hat Deutschland bis vor kurzem Aus-

stattungs- und Ausbildungshilfe bei den Polizeikräften gewährt, doch ist diese Maßnahme inzwischen ausgelaufen. Deutschland muss sich auch im eigenen Interesse mehr für Dschibuti einsetzen und auch bilaterale Hilfe leisten. Eine entwicklungspolitische Zusammenarbeit für die Menschen in Dschibuti würde zugleich die Akzeptanz für die deutsche Präsenz in Dschibuti erhöhen und damit auch die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten. Diese schützen im Rahmen der Operation „Atalanta“ in erster Linie die Schiffe des Welternährungsprogramms und Schiffe mit humanitärer Mission, erst in zweiter Linie auch internationale Handelsschiffe. Die Bekämpfung der Piraterie von Dschibuti aus, ist letztlich auch Voraussetzung für die humanitäre Hilfe im Nachbarland Somalia. Dass Dschibuti diese unterstützt und dafür auch Nachteile bei seiner eigenen wirtschaftlichen Entwicklung hinnehmen muss, sollte Anlass sein, die dortige Regierung insbesondere bei der Armutsreduzierung sowie bei der Stärkung der Infrastruktur allgemein und im Besonderen in den Bereichen Bildung und Gesundheit auch im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

- Dschibuti zum Partnerland in der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zu machen und
- die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit in Dschibuti auf Bildung, Gesundheit und Infrastruktur zu konzentrieren, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Berlin, den 3. März 2009

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion